

**Der EINE KANN DIE WELT ERKLÄREN.
DER ANDERE NICHT MAL DIE RENTE.**



CDU

INHALT

LAURENZ MEYER ZUM ROT-GRÜNEN RENTENGESETZ:

Diesem Entwurf können wir **nicht zustimmen**

Liebe Freunde,
die rot-grüne Bundesregierung hat letzte Woche im Deutschen Bundestag ihren Gesetzentwurf zur Rentenreform in dritter Lesung zur Abstimmung gebracht. CDU-Bundesvorstand und CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion haben nach intensiven und sorgfältigen Beratungen den vorliegenden Gesetzentwurf in dieser Form abgelehnt.

Diese Entscheidung ist nicht leicht gefallen. Es gibt seit Jahrzehnten die gute

Fortsetzung Seite 2

ANGELA MERKEL:

Wir brauchen eine Verbraucher-schutzpolizei
SEITE 3

DOKUMENTATION

Für eine moderne und leistungsstarke Bundeswehr. Hintergrundinformationen zur Bundeswehr-Aktion der CDU. Synopse

INNENTEIL

Fortsetzung von Seite 1

Tradition in Deutschland, rentenpolitische Fragen möglichst im Konsens aller im Bundestag vertretenen Parteien zu lösen. Diesen Konsens hat die SPD 1996 aufgekündigt, als sie mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl einen totalen Konfrontationskurs einschlug und insbesondere die Rentenreform unseres Arbeitsministers Norbert Blüm als „unsozial“ und als „Verwüstung der Rentenversicherung“ diffamierte.

Viele Wahlkämpfer werden sich erinnern, dass sie an dieser Front harte Auseinandersetzungen zu bestehen hatten, zumal die SPD den Eindruck erweckte, sie könne die von der Union eingeleiteten Reformen problemlos rückgängig machen.

Die SPD hat diese Zusage auch tatsächlich eingehalten – aber um welchen Preis!

■ Durch die Rücknahme der Blüm'schen Reform wurden die Rentenkassen klamm. Das fehlende Geld holt sich Rot-Grün an den Zapfsäulen der Tankstellen und behauptet, damit dem

Umweltschutz einen Dienst zu erweisen.

■ Schröder hatte versprochen, auch künftig die Renten so steigen zu lassen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer. Das Versprechen wurde kaltschnäuzig kassiert; es wurde aber ein Inflationsausgleich in Aussicht gestellt.

■ Bei der Rentenerhöhung zum 1. Juli 2000 wurden die Rentner erneut ausgetrickst: die Inflationsrate lag bei 1,6 Prozent, aber die Renten wurden nur um magere 0,6 Prozent erhöht. Um billig davonzukommen, hatte die Bundesregierung einfach den Vorjahreswert zum Maßstab der Rentenanpassung genommen.

■ Inzwischen ist deutlich geworden, dass auch das Versprechen, im Jahr 2001 zum Nettolohnprinzip bei der Rentenanpassung zurückzukehren, nicht gehalten wird. Der Arbeitsminister spricht jetzt nur noch von einer „modifizierten Nettolohnanpassung“ – was immer das sein mag. Fest steht: Rot-Grün hat die Rentner dauerhaft von der

allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt und die Verlässlichkeit der Rentenentwicklung schwer beschädigt.

Niemand bestreitet, dass angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland das auf dem Prinzip der Generationensolidarität beruhende System der Alterssicherung neu justiert werden muss. Die unter unserer Verantwortung 1997/98 eingeleitete Rentenreform war ohne vernünftige Alternative. Die Rücknahme dieser Reform durch Rot-Grün war nichts anderes als ein wahltaktisches Manöver auf dem Rücken der älteren Generation.

Seitdem haben wir in einem über zwei Jahre andauernden mühsamen Prozess um die künftige Gestaltung der Alterssicherung gerungen. Bundesarbeitsminister Riester hat in dieser Diskussion keine gute Figur abgegeben; seine Gesetzentwürfe waren oft das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden. Die Union kann sich zugute halten, in dieser Diskussion wesentli-

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: UnionBetriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Wir brauchen eine Verbraucherschutzpolizei

Noch immer hat die Bundesregierung kein Konzept für die Bekämpfung der BSE-Seuche auf den Tisch gelegt. Lieber stempelt Kanzler Schröder die Bauern zu Sündenböcken.



Oder die neue Ministerin Künast sagt als Erstes aus fadenscheinigen Gründen die Teilnahme an der Konferenz der Agrar- und Umweltminister ab. Aber nicht nur das Konzept fehlt. Es muss auch stärker sichergestellt werden, dass beschlossene Schutzmaßnahmen eingehalten werden.

Die CDU fordert daher eine unabhängige Verbraucherschutzbehörde. Ähnlich wie das mächtige Bundeskartellamt sollte sie nur in Ausnahmefällen weisungsgebunden gegenüber der Regierung sein. Sie muss darauf achten, dass die Schutzstandards eingehalten werden,

und eng mit den Bundesländern verzahnt sein. Die Verbraucherschützer müssten – wie eine Art Verbraucherschutzpolizei – die Möglichkeit haben, Futterhersteller, Verarbeiter, Bauern und Handel kontrollieren zu können. Gerade beim falschen Etikettieren von Lebensmitteln müssen wir mit aller Härte vorgehen und das Strafmaß verschärfen. Der Verbraucherschutz muss absolute Priorität haben. Dieses Ziel erreichen wir aber nur gemeinsam mit Landwirten, Wissenschaftlern und Verbrauchern.

Rentenkonzept der Bundesregierung schon in wenigen Monaten Makulatur sein. Dann muss „nachgebessert“

werden, wie bei vielen anderen verunglückten Gesetzen von Rot-Grün. Besonders skandalös an dieser Vorge-

che Elemente durchgesetzt zu haben. Die private, staatlich geförderte Altersvorsorge, der langfristige, bis 2030 reichende Reformansatz und die Ausgestaltung einer Familienkomponente tragen unsere politische Handschrift. Wir haben alles daran gesetzt, einen zukunftsfähigen und in der Sache vernünftigen Kompromiss zu erreichen.

Allerdings: ein Arbeitsminister, der die Vorschläge der Opposition als „Geblocke“ diffamiert, zeigt damit deutlich, dass er den parteiübergreifenden Konsens garnicht will. Ich bin fest davon überzeugt, dass bei dieser Rentenreform mehr hätte erreicht werden können, wenn das zuständige Ressort nicht mit einem so konfus und fachlich schwachen Minister besetzt worden wäre.

Es sind im Wesentlichen vier Gründe, die eine Ablehnung des Riester'schen Gesetzentwurfs zwingend machen:

ERSTENS: Die Frage der Besteuerung der Alterseinkünfte ist ungeklärt. Sie liegt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Je nachdem, wie diese Entscheidung ausfällt, kann das

hensweise ist, dass die entsprechenden Maßnahmen bei der Regierung in der Schublade liegen. An einem handwerklich derart unseriösen Verfahren kann sich die CDU nicht beteiligen.

ZWEITENS: Die jetzt präsentierte Rentenformel knüpft nicht an den Ursachen des Reformbedarfs an, nämlich den demographischen Veränderungen, sondern sie ist so gewählt, dass ein politisch gewünschtes Beitrags- und Rentenniveau erreicht wird. Das macht die Rente manipulationsanfällig, und die Schröder-Regierung hat ja gezeigt, dass sie zu manipulativen Eingriffen in die Rente bereit ist. Im Übrigen wird die Praxis zeigen, dass die Grunddaten des Reform(mach)werkes vorne und hinten nicht stimmen. Weder die Beiträge noch die Renten werden in der Höhe wie geplant zu halten sein. Der von der Union entwickelte „demographische Faktor“ ist und bleibt der Riester'schen Rentenformel weit überlegen, da er die Renten- und Beitragsentwicklung nach objektiv messbaren Kriterien steuert.

DRITTENS: Die CDU lehnt die rot-grüne Rentenreform ab, weil sie Frauen zu Verlierern der Reform

CDU/CSU stimmt **gegen** Rentenreform

In einem Brief an die Versicherungs- und Knappschaftsältesten hat der Vorsitzende der CDU/CSU ausführlich den Beschluss der Bundestagsfraktion erklärt, die rot-grüne Renten„reform“ abzulehnen: „Als Vertrauensleute von

50 Millionen Rentenversicherten haben Sie ein Anrecht darauf, unsere Gründe zu kennen.“ Merz bittet gleichzeitig darum, über alle Parteigrenzen hinweg auch weiterhin zusammen mit der Union für eine faire Reform einzutreten.

macht. Der mit dieser „Reform“ verbundene Ausstieg aus der Hinterbliebenenversorgung geht überwiegend zu Lasten von Frauen. Die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht ist unzureichend. Bei der zusätzlichen Altersvorsorge fehlt jedes Bemühen um geschlechtsneutrale Tarife. Für Frauen, die vor 1992 geboren wurden, gibt es überhaupt keine Verbesserungen. Diese massive Benachteiligung von Frauen kann die Union nicht mittragen.

VIERTENS: Die Ausgestaltung der privaten Altersvorsorge im vorliegenden Gesetzentwurf ist zu kompliziert und überbürokratisiert. Die Einbeziehung von Wohneigentum in die private Altersvorsorge bleibt nach wie vor unklar. Das neue Rentenrecht wird nicht

einfacher und transparenter, die Bürger werden mit einer Vielzahl neuer Vorschriften konfrontiert. Hier wird die alte SPD-Ideologie vom alles regelnden Obrigkeitsstaat Wirklichkeit. Daran kann die Union nicht mitwirken.

Wir alle erfahren fast täglich, dass die künftige Gestaltung der Alterssicherung die Menschen in Deutschland bewegt, denn jeder ist von diesem Thema betroffen – sei es als Beitragszahler, sei es als Leistungsempfänger. Rot-Grün hat es zu verantworten, dass durch ein unsägliches, über zwei Jahre andauerndes Gesetzgebungsverfahren mit ständig neuen Vorschlägen die Bürgerinnen und Bürger tief verunsichert worden sind. Es gibt ein hohes Maß an Diskussions- und Aufklärungsbedarf in der Ge-

sellschaft, dem wir uns stellen müssen. Vor allem werden wir uns nicht von den rot-grünen Krokodilstränen beeindruckt lassen, mit denen wir aufgefordert werden, die Rente nur ja nicht im Wahlkampf anzusprechen.

Ich möchte betonen, dass aus meiner Sicht eine Provokation nötig war, um das Thema „Rente“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. In einer zweiten Phase beginnen wir jetzt eine Informationsoffensive. Die letzte und dritte Phase unserer Kampagne wird den Schwerpunkt auf die Landesebene legen.

Unsere weiteren Aktivitäten:

Die CDU wird in den kommenden Wochen die Bürger offensiv über die Folgen der verfehlten rot-grünen Rentenreform informieren. Meine Pressemitteilung vom 24. Januar und ein erstes Flugblatt zur Rente steht Ihnen im InfoNet zur Verfügung. Das auf der Titelseite dieser Ausgabe abgebildete Plakat finden Sie dort ebenfalls. Es wird Ihnen außerdem als Wandzeitung und als DIN A1/A0-Plakat angeboten werden.

In den nächsten Tagen werden wir eine Reihe wei-

SO FÄHRT ROT-GRÜN DIE RENTE VOR DIE WAND

- **Unser Rentensystem muss reformiert werden. Wenn die Menschen - gottseidank! - immer älter werden und immer länger Rente beziehen und wenn andererseits immer weniger junge Menschen in die Rentenkassen einzahlen, dann kann das auf Dauer nicht funktionieren.**
- Veränderter Altersaufbau**
 - Die CDU hat deshalb schon 1997/98 eine Rentenreform eingeleitet, durch die der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung bei der jährlichen Rentenerhöhung berücksichtigt wurde. Keine Rente wurde gekürzt. Lediglich der Anstieg sollte flacher ausfallen.
- Schröders Wortbruch**
 - Vor der Bundestagswahl versprach Schröder: „Wir wollen für die jetzige Arbeitnehmergeneration im Prinzip alles so lassen, wie es ist. Deren Renten sind durch die Beitragsfinanzierung sicher.“ Schröder wusste, dass er das Versprechen nicht halten kann.
- Rentenbetrug 1:**
 - Schröder hatte noch Anfang 1999 versprochen, die Renten würden auch in Zukunft so steigen, wie die Einkommen der Arbeitnehmer. Dieses Versprechen hielt ein Jahr: Rot-Grün setzte die netto-lohnbezogene Rente für 2000 und 2001 aus, versprach aber einen Inflationsausgleich.
- Rentenbetrug 2:**
 - Als die Rentenerhöhung 2000 anstand, betrug die Inflationsrate 1,6 Prozent. Die Rentner hätten also auch 1,6 Prozent mehr Rente bekommen müssen. Sie bekamen aber nur 0,6 Prozent. Das war der Vorjahreswert. Ein klarer Fall von politischem Betrug.
- Rentenbetrug 3:**
 - In wenigen Monaten wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rentenbesteuerung erwartet. Die entsprechenden Pläne zur Umsetzung liegen bereits in der Schublade der Rot-Grünen Regierung. Bestandteil des Gesetzesentwurfes sind sie jedoch nicht. Eine jetzt beschlossene Reform ist unter diesen Umständen reine Makulatur.
- Benachteiligung von Frauen**
 - Insbesondere die Frauen sind Leidtragende der Rot-Grünen Rentenreform. Vor allem die Regelungen bei der Hinterbliebenenversorgung treffen Frauen. Das Einfrieren der Freibeträge für eigene Einkünfte bedeutet langfristig den Tod der Witwenrente. Vollkommen unzureichend ist außerdem die Anerkennung von Erziehungsleistungen.

terer Aktivitäten starten. In Renten-Chats im Internet werden CDU-Politiker Rede und Antwort stehen. Eine Telefon-Aktion und ein Fax-Abruf werden eingerichtet. Für Ihre Arbeit vor Ort wird die Bundesgeschäftsstelle ein zentrales Verteilmittel und zwei Postkarten auflegen. Über den

weiteren Ablauf und die Einzelheiten werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Ich möchte Sie bitten, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern unsere Argumente zu diskutieren und sie über die Fakten zu informieren. **UD**

Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit angeblich guten Zielen

CDU-Online: *Der Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer, hat die Grünen zu einem öffentlichen Gewaltverzicht aufgerufen. Halten Sie eine solche Forderung für begründet?*

Vera Lengsfeld: Diese Forderung ist vollkommen berechtigt. Die aktuellen Bundestagsdebatten zeigen wieder deutlich, dass bei den Grünen auch jetzt noch ein verklärtes Gewalt-Verständnis besteht. Wenn sowohl der Fraktionschef der Grünen, Rezzo Schlauch, als auch die Grünen-Vizepräsidentin des Bundestags, Antje Vollmer, sagen, dass es die Gewalt der 68er gewesen sei, die die heutige Bundesrepublik Deutschland zu einem wahrhaft demokratischen Staat gemacht hatte, dann läuft das auf eine nicht zu akzeptierende stille Heroisierung von Gewalt hinaus. Abgesehen davon, dass die Bundesrepublik nie ein repressiver Staat war, dass man der sozial-liberalen Regierung Brandt/Scheel, gegen die sich die Gewalt in den 70er Jahren gerichtet hat, keinen Nach-



hilfeunterricht in Demokratie geben muss: Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit angeblich guten Zielen. Das müssen die Grünen noch lernen.

CDU-Online: *Wie schätzen sie das Verhältnis der Grünen zur Gewalt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein? Haben Sie den Eindruck, dass sich das Verhältnis im Laufe der Zeit verändert hat?*

Vera Lengsfeld: Es hat immer maßgebliche Teile der Grünen gegeben, die zum Beispiel die Blockaden bei den Castor-Transporten unterstützt haben, an deren Rand es auch zu Gewaltanwendungen gekommen ist. Noch in der letzten Legislaturperiode hat es Grünen-Abgeordnete gegeben, die an solchen Blockaden teilgenommen haben: die heutige

Staatssekretärin im Umweltministerium, Gila Altmann, die stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Steffi Lemke, die Bundestagsabgeordnete Ursula Schönberger und Annelie Buntenbach sowie andere. Frau Altmann hat seinerzeit sogar einen Aufruf unterschrieben, in dem zur Gewalt aufgerufen wurde. Und Frau Schönberger verkündete damals, sie hätte Verständnis, wenn auch ein paar Schraubchen an den Bahnanlagen gelockert würden, um die Castor-Transporte zu verhindern. Damit hat sie öffentlich akzeptiert, dass unbeteiligte Dritte zu Tode oder zu Schaden hätten kommen können.

CDU-Online: *Gab es in der Fraktionsspitze der Grünen oder in der Fraktion Diskussionen darüber, ob man bei Castor-Transporten Gewalt anwenden sollte?*

Vera Lengsfeld: Es gab bezüglich der Castor-Transporte ausgesprochen heftige Diskussionen in der Fraktion, was den Einsatz von Gewalt betrifft. Es gab zwar

Stimmen, die sich gegen die Anwendung von Gewalt ausgesprochen haben, aber es kam zu keiner Stellungnahme der Bundestagsfraktion der Grünen gegen die Castor-Blockaden.

CDU-ONLINE-INTERVIEW

CDU-Online: *Welche Rolle spielte Joschka Fischer, den man ja ohne Übertreibung als graue Eminenz und Strippenzieher in der Grünen-Fraktion bezeichnen kann, in diesen Diskussionen?*

Vera Lengsfeld: Fischer hat die Gewalt gegen Ca-

stor-Transporte nie befürwortet. Aber es lag in seiner Verantwortung als Fraktionsvorsitzender, dass es nie zu einer klaren Stellungnahme der Fraktion kam. Was nutzte die verbale Verurteilung von Gewalt, wenn gleichzeitig grüne Bundestagsmitglieder sich an den Blockaden beteiligten und damit die Gewalt stillschweigend in Kauf nahmen? Meines Wissens hat Herr Fischer das Verhalten dieser Fraktionsmitglieder nie öffentlich gerügt. Darin sehe ich seinen Glaubwürdigkeitsbruch.

CDU-Online: *Glauben Sie, dass eine Verurteilung der Gewalt durch*

Joschka Fischer aufgrund seiner exponierten Stellung bei den Grünen eine Signalwirkung für die Grünen und deren Wählerklientel gehabt hätte?

Vera Lengsfeld: Auf jeden Fall! Er hat zwar die Gewalt verurteilt, aber er hätte als Fraktionschef dafür sorgen müssen, dass sich keine Mitglieder der Bundestagsfraktion an den Castor-Blockaden beteiligten bzw. dass sich die Fraktion von dieser Beteiligung distanziert. Die Signalwirkung wäre immens gewesen. Viele Gewalttaten hätten vermutlich damit vermieden werden können.

EBERHARD SCHLEYER:

Zynisch und menschenverachtend

Selbstherrlich kokettieren Sie heute mit Ihrer eigenen Vergangenheit. Zynisch und menschenverachtend verhalten Sie sich gegenüber den Opfern. Ihr nach wie vor indifferentes Verhältnis zur Gewalt von damals macht Sie als einen der höchsten Repräsentanten unseres Landes unglaublich unwürdig. Bitte, Herr Minister, denken Sie darüber noch einmal in aller Stille nach.

Aus dem offenen Brief des Generalsekretärs des Zentralverbands des Deutschen Handwerks – Sohn des 1976 von RAF-Terroristen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer – an Bundesaußenminister Fischer

MICHAEL BUBACK:

Trittin hat sich nicht distanziert

Nach Außenminister Fischer ist auch der grüne Umweltminister in die Kritik geraten. Der Sohn des 1977 von RAF-Terroristen ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback hat in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ schwere Vorwürfe gegen Trittin erhoben. Nach dem Tod seines Vater – so Michael Buback – habe Trittin einer Gruppe angehört, die in einem „Nachruf“ klammheimliche Freude über den Mord geäußert habe.

Auf seine Frage, ob er sich inzwischen von dem „schrecklichen und schlimmen Schreiben“ distanziert habe, habe Trittin ihm geantwortet: „Warum sollte ich?“

Kommt der achte Tag der Schöpfung?

Anlässlich der gemeinsamen Anhörung der Wertekommission und des Arbeitskreises Bioethik der CDU erklärte der Kommissionsvorsitzende Christoph Böhr:

Vor ein paar Jahren war das geklonte Schaf Dolly in den Schlagzeilen. Heute erfahren wir vom ersten geklonten Affen. Und wir lesen von dem kleinen amerikanischen Jungen Adam, der nur deshalb geboren wurde, weil Tests zuvor erwiesen hatten, dass mit seinen Stammzellen seine kranke Schwester geheilt werden könnte. Wir sehen: Der Mensch ist nicht mehr nur Anwender der Gentechnik. Er wird immer mehr auch zu ihrem Gegenstand.

Der Mensch – inwieweit ist er noch Geschöpf, inwieweit schon Produkt? Ob wir wollen oder nicht, solch fundamentale Fragen müssen wir uns stellen. Denn auch viele Bürgerinnen und Bürger sind beunruhigt. Es steht außer Frage: Hier kann sich die Politik nicht der Stimme enthalten. Sie muss auch in ethisch schwierigen Fragen Position beziehen.

Die CDU tut das, und dass sie es tut, ist umso wich-



tiger, als die Bundesregierung in diesem Punkt total versagt. Schröders rot-grüne Bundesregierung scheint jede Orientierung verloren zu haben. Das allerdings in seltener Einmütigkeit:

Widerspricht unserem moralischem Empfinden

■ Die neue Bundesgesundheitsministerin, Ulla Schmidt, kündigt als erstes eine „Gentechnik-Wende“ an und äußert sich positiv über das therapeutische Klonen. Und Frau Fischers Fortpflanzungsmedizin-Gesetz will sie offenbar stoppen, weil es ihr zu restriktiv sei.

■ Der neue Staatsminister für Kultur, Nida-Rümelin, hat in einem Artikel geschrieben, ein menschliches Embryo verfüge nicht über Selbstachtung und deshalb

auch nicht über Menschenwürde, weil er sich seiner selbst noch nicht bewusst sei. Das widerspricht nicht nur unserem moralischen Empfinden, sondern es widerspricht auch der gültigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Es ist schlimm, wenn einem Mitglied des Bundeskabinetts so etwas passiert. Schlimmer ist allerdings, dass Nida-Rümelin mit seinen Äußerungen nahe daran ist, auch vielen behinderten und alten Menschen die Menschenwürde abzusprechen.

Vor diesem Hintergrund ist die Äußerung des Bundeskanzlers, man müsse die Diskussion um die Gentechnik ohne ideologische Scheuklappen führen, völlig unangemessen. Sie ist völlig unangemessen in einer Situation, in der seine Minister unbeteiligt, vielleicht sogar mutwillig und ohne Not den bisher gültigen gesellschaftlichen Konsens unterlaufen. Wir warnen Schröder davor, weiter in so oberflächlicher Art und Weise mit diesen auch für die Politik fundamentalen Fragen umzugehen.

Denn wer heute nicht vordenkt und damit den Anspruch erhebt, die Wirklich-

JOCHEN BORCHERT:

Tür und Tor geöffnet

Mit seinem verkürzten Menschenbegriff öffnet Nida-Rümelin, der neue Staatsminister für Kultur, denen Tor und Tür, die schon jetzt verbal leichtfertig mit dem Lebensrecht von geistig Behinderten, Koma-Patienten und alten Kranken umgehen. Mit diesen

Äußerungen wird Nida-Rümelin in Deutschland zum Steigbügelhalter von Eugenikern und Geneuphorikern wie z.B. dem amerikanischen Nobelpreisträger Watson, der dem Lebensgeschädigter Föten ein Ende setzen will, um unnötiges Leid zu vermeiden.

keit zu gestalten, der hat morgen nur noch die Möglichkeit, der Wirklichkeit hinterher zu laufen.

Wer heute nicht kämpft, der gibt zu verstehen, dass er auch nicht bereit ist, auf internationaler Ebene zu kämpfen, wenn es um zukünftige Anwendungen der Gentechnik geht. Denn es muss uns allen klar sein, dass etwa die asiatische Sichtweise des Individuums und seines Wertes zu ganz anderen Ergebnissen kommt als wir Europäer.

Auch wir sind offen für Forschung und Entwicklung. Wir sehen die vielen positiven Chancen auf Heilung und Linderung von Krankheiten. Noch in unserer Regierungsverantwortung haben wir mit dem Bio-Region-Wettbewerb die Ansiedlung von Biotechnikunternehmen erfolgreich gefordert. Mittlerweile gibt es in Deutschland mehr Biotechnikunternehmen als in Großbritannien. Das ist ein großer Erfolg. Worauf es aber besonders ankommt, ist: Dieser Erfolg war möglich bei klaren moralischen und ethischen Maßstäben, wie sie z.B. im Embryonen-Schutzgesetz zum Ausdruck kommen. Eine eindeutige Werthaltung behindert den Fortschritt nicht.

Wenn SPD-Minister jetzt Dämme einreißen, die

man später nicht wieder aufbauen kann, dann ist das Ausweis einer falsch verstandenen Modernität. Denn eine Politik, die gegen den Menschen und seine Würde gerichtet ist, wird hoffentlich nie wieder modern in Deutschland.

Wir als CDU sind in besonderer Weise gefordert, die Diskussion über die Entwicklung der Gentechnik zu führen und Stellung zu beziehen. Denn Grundlage unserer Politik ist und bleibt das christliche Menschenbild. Das christliche Menschenbild sieht den Menschen als einzigartiges, selbstbestimmtes, aber auch fehlbares Geschöpf.

Die CDU kann und darf gerade bei diesen Themen das „C“ nicht einfach vor sich her tragen. Mit den neuesten Entwicklungen sind

Kernbereiche des christlichen Menschenbildes und damit christlich-demokratischer Politik betroffen.

Das christliche Menschenbild gibt uns wichtige Kriterien an die Hand:

- Wir lehnen das Klonen von Menschen ab.
- Wir wollen keine Eingriffe in die Keimbahn eines Embryo.
- Wir lehnen es ab, dass Menschen mittels Gentechnik ausgegrenzt werden - sei es bei bestimmten Produkten der Versicherungswirtschaft oder bei Arbeitgebern.

Es wird nicht immer möglich sein, auf alle Fragen der Gen- und Biotechnologie eindeutige Antworten zu geben. Daraus ergibt sich aber unser Bestreben, möglichst viele Antworten zu finden.

UD

Endlich klären

■ Sind die deutschen Soldaten bei ihrem Einsatz im Kosovo über Gefahren im Zusammenhang mit Uran-Munition aufgeklärt worden?

Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Der Verteidigungsminister muss endlich mit der ganzen Wahrheit herausrücken. Nur so kann er dem galoppierenden Vertrauensverlust in der Bundeswehr entgegenwirken.“ Gewarnt sei Scharping allerdings vor markigen Sprüchen und billigen Schuldenzuweisungen – insbesondere vor dem Versuch, den USA den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Er sollte nicht vergessen, dass die Stabilisierung auf dem Balkan der Initiative der Amerikaner zu verdanken ist und die Amerikaner „dabei mehr Risiken und Belastungen als wir Europäer getragen“ haben.

Für alle Verbraucher

■ Wo immer sich eine alternative landwirtschaftliche Produktion auf dem Markt einpendeln wird: Der überwiegende Teil aller Produkte wird aus konventionellen landwirtschaftlichen Betrieben stammen. Wenn deshalb der vorsorgende Verbraucherschutz nicht nur für eine Minderheit, sondern für alle Verbraucher

gelten soll, muss neben einem Prüfzeichen für den ökologischen Landbau auch ein Qualitätsprüfzeichen für die konventionelle Landwirtschaft eingeführt werden.

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: „90 Prozent der Verbraucher dürfen nicht unberücksichtigt bleiben.“ Damit die Kontrollen im Lebensmittel- und Futtermittelbereich überwacht werden, fordert der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU gleichzeitig eine politikunabhängige Verbraucherschutzbehörde.

Immobilienbetrug

■ Wieder einmal verschaukelt und betrogen werden die Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit dem Grundsatzbeschluss der SPD-Fraktion, Immobilien in die Förderung der zusätzlichen Alterssicherung einzu beziehen. Bei genauem Hinsehen stellt sich heraus: Die Förderung kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn im Alter eine fiktive Miete für diese Immobilie versteuert wird. **Karl-Josef Laumann**, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Man wohnt also im eigenen Haus und muss eine Miete versteuern, die man gar nicht zahlt. Ein neues Beispiel für die absurde Politik der Regierung Schröder.“

Kommunen zahlen ja

■ Wenn die jetzt auf den Weg gebrachte Rentenreform der Schröder-Regierung Gesetz wird, werden immer mehr Menschen im Alter arm sein: Frauen und Männer, die wegen Kindererziehung zeitweise nicht gearbeitet haben, Frauen und Männer, die zeitweise keine Beschäftigung gefunden haben. Für sie will die rot-grüne Bundesregierung eine leistungs- und beitragsfreie Grundrente schaffen. Motto: Wer vorsorgt, wird versorgt; wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt. Verantwortlich sollen die Kommunen dafür sein. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Finanzielle Alterssicherung ist keine kommunale Aufgabe. Schon heute machen Sozialkosten etwa die Hälfte der kommunalen Haushalte aus. Mit der Bezahlung einer Grundrente würde der Anteil dieser Kosten erheblich weiter steigen.“

Eiskalt abkassiert

■ Investitionsspielraum des Mittelstands massiv eingengt ■ mit dem Urteil des Bundesfinanzhofs 1997 nicht begründbar ■ letztlich nur als Mittel zur Gegenfinanzierung der rot-grünen Steuerreform gedacht: das sind nach Expertenmeinung die Eigen-

Die Bedingungen für ein aktives Altern stärken

schaften der seit dem 1. Januar verschlechterten Absetzung für Abnutzung (AfA). **Hansjürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Der Mittelstand wird aufgrund der bereits heute gültigen Abschreibungsverschlechterung und der Steuerentlastung erst 2005 eiskalt abkassiert.“

Viertes Märchen

■ Nachdem Waffenlobbyist Schreiber bisher schon drei verschiedene Varianten zur Übergabe einer 100.000-Mark-Spende aufgetischt hat, hat er deutschen Staatsanwälten in Kanada ein viertes Märchen erzählt: Nicht er, sondern seine Ehefrau habe das Geld übergeben. **Andreas Schmidt**, Obmann der CDU/CSU im 1. Untersuchungsausschuss: „Das hat sich Schreiber einfallen lassen, weil er nachgewiesenermaßen zum Zeitpunkt der angeblichen Geldübergabe bei einer Gerichtsverhandlung in München war. Es wird höchste Zeit, dass er sich den deutschen Behörden stellt und vor dem Untersuchungsausschuss unter Wahrheitspflicht seine Aussagen macht.“

Transrapid für China

■ Aus deutscher Sicht ist die Unterzeichnung der Verträge über eine rund 30 Kilometer lange Strecke zwi-

Zum dritten Altenbericht der Bundesregierung erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren Union Bernhard Worms:

Die Senioren Union begrüßt den Tenor des Altenberichts, wonach es älteren Menschen im wiedervereinigten Deutschland „verhältnismäßig“ gut gehe und sie weitgehend selbständig leben. Wir machen allerdings darauf aufmerksam, dass diese Entwicklung durch die CDU-geführte Bundesregierung entscheidend geprägt und vorbereitet wurde.

Die Senioren Union begrüßt ferner die Bemühungen, die Bedingungen für ein aktives Altern in der Gesellschaft zu stärken.

Aktives Altern in Gesundheit und Wohlstand kann aber nur dann gesichert werden, wenn die Rahmenbedingungen für die ältere Generation stimmen. Dazu gehört in erster Linie eine seniorenrelevante Renten- und Gesundheitspolitik.

■ Rente muss Lohn für Lebensleistung im Rahmen eines solidarischen Ausgleichs bleiben und darf die ältere Generation nicht bestrafen.

■ Im Gesundheitswesen müssen Eigenverantwortung und Selbstbestimmung Vorrang haben. Eine „Gießkannenmentalität“ können und wollen wir uns ebenso wenig leisten wie das Szenario einer drohenden Zweiklassen-Gesellschaft.

schen Shanghais Innenstadt und dessen internationalem Flughafen zu begrüßen: als große Chance für den weltweiten Export dieser innovativen Technik. Um so „absurder“, wenn Rot-Grün den Transrapid in unserm Land unverändert ablehnt. **Dirk Fischer, Georg Brunnhu-**

ber und Wolfgang Börnsen, zuständig in der CDU/CSU für Verkehr und Transrapid: „Die Prüfaufträge für Alternativstrecken in NRW und Bayern haben Alibi-Funktion. Der Termin für die Entscheidung – erst Ende 2002, also nach der Bundestagswahl – spricht Bände.“ **UID**

EINFACH NAIV sind nach Meinung von 77 % der Deutschen alle diejenigen, die heute noch der gesetzlichen Altersvorsorge vertrauen. Regelrecht betrogen fühlen sich sogar 41 % von der Rentenpolitik der letzten Jahre. 85 % sind überzeugt: Die Rentenabgaben werden in Zukunft weiter steigen. Aber auch die Ökosteuer könne daran nichts ändern. 64 % ziehen aus der pessimistischen Einschätzung für sich den Schluss: selbst vorsorgen. Ganz wichtig dabei: durch Wohneigentum im Alter mietfrei wohnen.

ÄRZTE FORDERN

Ende der Budgetierung. Man könne die Ausgaben für Kranke nicht nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnen, erklärte der Vorsitzende der Ärztevereiningung Hartmannbund, Hans-Jürgen Thomas. Zwar habe das Budgetierungssystem für eine gewisse Zeitspanne den Zweck erfüllt, Wirtschaftlichkeitsreserven zu mobilisieren. „Nach fünf Jahren reicht es aber jetzt.“ Damit insbesondere die moderne Medizin finanzierbar bleibe,

sprach sich Thomas dafür aus, die Eigenverantwortung der Patienten zu stärken.

FÜR TABAK haben die Deutschen im letzten Jahr 600 Millionen Mark weniger ausgegeben als 1999. Allerdings bedeutet der Rückgang der Ausgaben für Tabak nicht zwangsläufig, dass weniger geraucht wurde. Vielmehr haben die Deutschen einer Erhebung des Tabakkonzerns British American Tobacco (BAT) zufolge zunehmend statt Markenzigaretten die Produkte von Billig-Discountern geraucht.

UMWELT-BAUERN

in Bayern sollen mit 5 Milliarden Mark gefördert werden. Das Geld kommt aber nicht nur den so genannten Ökobauern zugute, sondern auch herkömmlich wirtschaftenden Höfen, wenn sie die Bedingungen einer umweltschonenden Landwirtschaft erfüllen.

IN 26 PUNKTEN hat Bundeswirtschaftsminister Werner Müller Rieisters Entwurf zur Reform der Betriebsverfassung kritisiert. Die Pläne bela-

sten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit zusätzlichen Kosten und Verfahren. „Besonders mittelstandsfeindlich“, dass sich in Firmen von 101 bis 150 Mitarbeitern die Zahl der Betriebsratsmitglieder von derzeit fünf auf sieben erhöhen soll.

NACHZAHLUNGEN

in erheblichem Umfang kommen offenbar auf zahlreiche Gasverbraucher-Haushalte für den Abrechnungszeitraum 2000 zu. Durch vier Preiserhöhungen sind im letzten Jahr die Gaspreise um insgesamt 40 Prozent gestiegen. Für hundert Quadratmeter Wohnfläche muss mit bis zu 1500 Mark zusätzlich gerechnet werden.

STELLENABBAU um bundesweit 82000 Bauarbeiter hat die weiter sinkende Nachfrage im deutschen Bauhauptgewerbe zur Folge. Im November letzten Jahres sind die Auftragseingänge um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Auftragsminus in den neuen Ländern und in Ostberlin: 10,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

FORSA hat im Auftrag des Nachrichtensendes N24 ermittelt: Eine Mehrheit von 64 Prozent der Deutschen rechnet damit, dass Bundeskanzler Schröder bis zur Bundestagswahl 2002 weitere Minister seines Kabinetts verlieren wird. Nur 25 Prozent glauben, dass die Regierung in ihrer jetzigen personellen Zusammensetzung durchhalten wird.

ALLENSBACH hat festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Bundesbürger wegen der BSE-Krise ihre Essgewohnheiten geändert haben. Rindfleisch will jeder Vierte überhaupt nicht mehr essen. Persönlich gefährdet fühlt sich durch die Seuche fast die Hälfte der Befragten.

ZUM 3. MAL in Folge ist auch im vergangenen Jahr wieder unter den überregionalen deutschen Medien mit 1106 Nennungen am häufigsten der „Spiegel“ zitiert worden. Hinter dem Nachrichtenmagazin rangieren „Bild“ (776 Nennungen), „Welt am Sonntag“ (691), „Focus“ (631), ZDF (543), FAZ (413) und ARD (390).

DATENRISIKEN bei Internet-Geschäften mit Banken sollen verringert werden. Wie das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mitteilte, sollen zunächst vor allem solche Institute in das Sicherungs-Projekt einbezogen werden, die einen hohen Anteil ihrer Geschäftsvorfälle über das Internet abwickeln. Zu den Gefahren des E-Banking gehöre, dass „sensible Daten ausgespät, verfälscht, zerstört oder missbraucht werden“.

IMMER BELIEBTER werden bei jungen Männern die neuen Berufe der Informationstechnologie. Nach einer vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft veröffentlichten Allensbach-Umfrage wollen 33 % der Befragten Software-Entwickler werden, 30 % Informatiker und 24 % EDV-Mechaniker. Junge Frauen streben nach wie vor überwiegend herkömmliche Berufe an.

ONLINE-KIDS werden die Internetnutzer zwischen acht und zwölf Jahren genannt. Im Dezember sind rund 2,1 Millionen dieser Surfer im Kindesalter gezählt worden.

Ein Jahr zuvor waren es erst 585.000. Nutzungshäufigkeit und Dauer der Internetsitzungen wachsen mit zunehmendem Alter. Damit ist das Internet auf dem Weg, sich neben Fernsehen, Comics und Büchern als „normales Medium“ zu etablieren.

GERICHTLICH stoppen will der Ölkonzern TotalFinaElf die Internetseite www.oil-of-elf.de, unter der Greenpeace seit mehr als sechs Monaten kritische Informationen über die Herkunft und die Fördermethoden des Öls von Elf verbreitet. TotalFinaElf war erst „soeben zu der Erkenntnis gekommen“, wie der Konzern schreibt, dass Greenpeace diese Homepage betreibe und Inhaber der Domain sei.

PREISBILDUNG im Handel mit Internet-Domainnamen ist der Titel einer Arbeit an der Uni Köln, deren Erkenntnisse in die Lage versetzt, „fundierte Wertgutachten“ zu erstellen und die Frage zu beantworten: Was ist mein Domainname wirklich wert? Zu den Faktoren, die dabei gewichtet werden, gehört u. a. die Verhandlungsmacht des Domainbesitzers. **UID**

Noch nie ist bei einem europäischen Gipfel **so wenig** herausgekommen

In der Debatte am 19. Januar zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, u. a. folgendes aus:

Erwartungsgemäß haben Sie, Herr Bundeskanzler, das Ergebnis des Europäischen Rates von Nizza positiv bewertet. Wir schließen uns demgegenüber dem Urteil an, das fast alle europapolitisch erfahrenen und sachkundigen Beobachter abgegeben haben.

Ein ernüchterndes Ergebnis

Die Vorbereitungen dieses Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs waren so schlecht wie selten zuvor. Die Verhandlungen waren geprägt von egoistischen, nationalen Interessen, und das Ergebnis ist ernüchternd, fast könnte man sagen: Es ist geradezu deprimierend.

Noch nie hat ein Gipfel



der europäischen Staats- und Regierungschefs so lange gedauert und noch nie ist so wenig dabei herausgekommen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben uns zu dem, was alles gemacht werden muss, heute Morgen genau dasselbe gesagt, was Sie uns vor Nizza gesagt haben. Im Abstand von einigen Wochen könnte man es so zusammenfassen: Der kleinste gemeinsame Nenner der Einzelinteressen bestimmt Inhalt, Umfang und Grenzen dessen, was in Europa zurzeit möglich ist. Europa ist gegenwärtig erkennbar ohne politische Führung.

Herr Bundeskanzler, Sie sind über mindestens zwei Ursachen der Probleme, die die Europäische Union gegenwärtig hat, einfach hinweggegangen. Fortschritt in

Europa – das wissen wir aus jahrzehntelanger Erfahrung – ist immer nur dann möglich, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsame Schritte gehen und dabei auch Initiativen ergreifen. Jedenfalls müssen sich diese beiden Gründungsländer der Europäischen Union einig sein. Aber seit Ihrem Regierungsantritt vor zwei Jahren ist das deutsch-französische Verhältnis so schlecht, wie es seit Abschluss des Elysée-Vertrages vor 38 Jahren nicht gewesen ist.

Den Gipfel ohne Not belastet

Zu allem Überfluss haben Sie, Herr Bundeskanzler, zehn Tage vor Nizza ein größeres Stimmengewicht im Rat gegenüber Frankreich zur entscheidenden Frage des institutionellen Gleichgewichts und der institutionellen Reformen gemacht. Sie mussten damit scheitern, und Sie sind damit gescheitert und haben damit den Gipfel in Nizza ohne Not belastet und überfrachtet.

Die Konsequenzen, die

EU-GIPFEL VON NIZZA

Die Kernbeschlüsse

Auf dem EU-Gipfel in Nizza Anfang Dezember haben sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Vertrag verständigt, der die Gemeinschaft fit für eine Erweiterung nach Osten machen soll. Hier die wichtigsten Punkte:

■ **Größe und Zusammensetzung der Kommission:** Vom Jahr 2005 an soll das Prinzip „ein Land – ein Kommissar“ gelten. Derzeit schicken große Länder wie Deutschland noch zwei Kommissare nach Brüssel. Die Position des Kommissionspräsidenten wird gestärkt.

■ **Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen:** In diesem Punkt erreichte der Gipfel nur geringe Fortschritte. Zwar wird das Mehrheits-Prinzip im EU-Ministerrat ausgedehnt. Bei wichtigen Bereichen bleibt es aber weiter beim nationalen Vetorecht.

■ **Stimmgewichtung im Rat:** Die vier großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich Italien und Großbritannien verfügen weiter über gleichviel Stimmen. Belgien verzichtete nach langem Streit darauf, mit den Niederlanden bei der Stimmzahl auf einer Linie zu liegen.

■ **Verstärkte Zusammenarbeit:** Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf ein vereinfachtes Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit. Mit ihm soll es besonders integrationswilligen Staaten ermöglicht werden, anderen Ländern auf dem Weg des Zusammenwachsens voranzuschreiten.

■ **Post-Nizza-Prozess:** Im Jahr 2004 wird eine neue Regierungskonferenz einberufen. Dann soll vor allem die Kompetenzabgrenzung zwischen der Gemeinschaft und den Nationalstaaten geregelt werden.

sich daraus ergeben, sind doch klar: Es gibt überall enttäuschte Erwartungen, der Verdruss über Europa weicht nicht etwa einer neuen Zuversicht, sondern europäisches Handeln findet offenkundig immer mehr gegen den erklärten Willen eines größeren Teils der Bevölkerung statt.

Wie wollen Sie denn Öffentlichkeit herstellen?

Nun sprechen Sie in Ihrer Regierungserklärung – sicherlich mit guten Gründen – von der Notwendigkeit, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass dies notwendig ist. Aber, Herr Bundeskanzler, wie wollen Sie denn Öffentlichkeit herstellen, die doch ein Mindestmaß an Verstehen wenigstens der interessierten Öffentlichkeit voraussetzt, wenn die handelnden Akteure in Nizza zum Schluss selbst gar nicht mehr wussten und auch nicht mehr verstanden, was sie da eigentlich beschlossen haben?

Bis zum heutigen Tage, fast sechs Wochen nach Abschluss des Vertrages, streiten die Beteiligten um Einzelheiten, die sie doch in Ni-

zza angeblich so einvernehmlich beschlossen haben wollen.

Unser Fazit lautet daher: Die Fragen bezüglich der institutionellen Reform, die in

Nizza auf der Tagesordnung standen und deren Beantwortung von der Bundesregierung als Voraussetzung für das Funktionieren einer Union mit 25 oder 27 Mit-

gliedern bezeichnet worden ist, sind nicht wirklich beantwortet worden. Wir haben es auch nach Nizza leider mit so genannten „left overs“, mit nicht gelösten großen Problemen, zu tun.

Wir waren uns einig: Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit

Lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen. Die Abstimmungsverfahren im Rat sind komplizierter denn je zuvor. Rund 70 Verfahren im Rat müssen nach wie vor einstimmig entschieden werden. Dabei waren wir uns doch einig, dass gerade bei der Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit ein Durchbruch erforderlich gewesen wäre. 20 – möglicherweise bis zu 27 – Kommissare werden in Zukunft in der Europäischen Kommission Verantwortung tragen.

Was aber aus meiner Sicht noch schwerwiegender ist: Das Europäische Parlament wird möglicherweise bis zu 900 Mitglieder haben. Es wird der Fall auftreten, dass größere Staaten, die neu hinzukommen, weniger Mandate erhalten als kleinere Staaten, die heute schon Mitglied der Europäischen Union sind.

Bei aller notwendigen und berechtigten Kritik will ich die wenigen positiven Ergebnisse des Europäischen Rates von Nizza nicht verschweigen.

Wenn es diese Ergebnisse nicht gäbe und wenn wir die Tragweite von Nizza für die Erweiterung der Europäischen Union nicht zu bedenken hätten, dann wäre die Entscheidung über Zustimmung oder Ablehnung für die Ratifikation des Vertrages bereits längst gefallen. Es ist in diesem Zusammenhang natürlich positiv festzustellen, dass die Proklamation einer Europäischen Grundrechte-Charta gelungen ist. Wir bewerten es auch durchaus positiv, dass die Verstärkte Zusammenarbeit vereinfacht worden ist. Ich bin auch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Auffassung, dass es richtig war, den Zeitplan und den Inhalt eines Post-Nizza-Prozesses festzulegen.

Die Arbeiten müssen heute schon beginnen

Ich will Ihnen zu dem Zeitplan aber ausdrücklich sagen: Wir halten es für einen großen politischen Fehler, dass die Staats- und Regierungschefs in Nizza beschlossen haben, diesen

Prozess erst im Jahre 2004 zu beginnen. Diese Arbeiten müssen heute, im Jahre 2001, beginnen.

Wir wollen den Erweiterungsplan einhalten

Das Minimalergebnis von Nizza bedeutet zunächst, dass die Europäische Union ihr Versprechen, bis zum 1. Januar 2003 die notwendigen institutionellen Reformen für die Aufnahme neuer Mitglieder anzupacken, nicht vollständig eingelöst wird. Wir dürfen aber die Versäumnisse von Nizza nicht auf dem Rücken der neuen Beitrittsländer austragen. Wenn der Erweiterungsfahrplan eingehalten werden soll – wir von der CDU/CSU wollen ihn einhalten, weil wir auch um die politische Dimension der Osterweiterung wissen –, dann sind Nachbesserungen unverzichtbar. Es geht dabei um die seit dem Berliner EU-Gipfel 1999 bis heute nicht wirklich umgesetzten Reformentscheidungen in der gemeinsamen Agrarpolitik. Es geht um die finanzielle Absicherung der Osterweiterung.

[http://](http://www.cducsu.bundestag.de)

Wortlaut der Rede: www.cducsu.bundestag.de

PETER PAZIOREK UND HEINRICH WILHEM RONSÖHR:

Wir sind den Verbrauchern und auch den Landwirten **verpflichtet**

Anlässlich der Konferenz mit den Agrar- und Umweltministern der unionsregierten Bundesländer erklärten die Sprecher der CDU/CSU für Umwelt und Landwirtschaft, Peter Paziorek und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

In der schwierigen Situation der Landwirtschaft mit dem Einbruch des Verbrauchervertrauens hat die Bundesregierung die Chance einer neuen Konzeption vertan. Nach Auffassung der Agrar- und Umweltminister der CDU/CSU und der für Agrar- und Umweltpolitik zuständigen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion muss sich eine Weiterentwicklung der Agrarpolitik in der Europäischen Union nach folgenden Eckpunkten richten: ■ Die Agrar- und Umweltminister der CDU/CSU und die für Agrar- und Umweltpolitik zuständigen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellen sich ausdrücklich hinter die deutschen Landwirte und ihre Familien. Sie fühlen sich Verbrauchern und Landwirten gleichermaßen verpflichtet. ■ Den

von der Krise betroffenen Betrieben muss kurzfristig und unbürokratisch geholfen werden. Der Bund muss dazu einen herausragenden finanziellen Beitrag leisten. Die deutschen Landwirte müssen die Chancen der Einkommensbildung erhalten, die mit der allgemeinen Einkommensentwicklung der Bundesrepublik Schritt hält. ■ Eine verstärkte Einbeziehung des Verbraucherinteresses ist notwendig. Sicherheit und Transparenz der

ECKPUNKTEPAPIER

Nahrungsmittelproduktion vom Erzeuger bis zum Endverbraucher, die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche sind in ein entsprechendes Überwachungssystem einzubeziehen. ■ Die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel soll auf der gesamten Fläche unter den Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und der biologischen Vielfalt erfolgen. ■ Tierhaltung hat artgerecht zu erfolgen; ihre Grundlage ist die bewirtschaftete Fläche. ■



P. Paziorek



H.-W. Ronsöhr

Regionale Qualitäts- und Herkunftsconzepte sind unter Einbeziehung der vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft gezielt auszubauen. ■ Der Ökolandbau ist unter Orientierung am Markt für Ökoprodukte voranzubringen. ■ Die Gemeinwohlleistungen in der Landwirtschaft sind verstärkt zu honorieren. ■ Standards einer nachhaltigen und verbraucherorientierten Nahrungsmittelproduktion sind in internationalen Abkommen zu verankern. ■ Die Europäische Agrarpolitik ist konsequent dahingehend weiterzuentwickeln, dass die Landwirte in eigener Verantwortung die marktorientierte Ausrichtung ihrer Produkte bestimmen und für die von der Gesellschaft geforderten Leistungen angemessen und produktionsneutral entlohnt werden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

FISCHER

Was noch alles?

Fischers rhetorische Brillanz, die ihm eigene Mischung aus historisierender Nonchalance, analytischer Arroganz und theatralischer Reue provoziert mehr, als dass sie überzeugt. Fischers Beichte zeigt keine echte Reue. Er arrangiert seine Biografie wie ein Patchwork der Konstrastlogik, immer habe er jeweils richtig gehandelt, auch wenn es im Nachhinein falsch war. Mit dieser Legitimationsdialektik kommt er situativ immer gut über die Runden, aber moralisch nicht. Mit welcher Glaubwürdigkeit nimmt dieser Außenminister am „Aufstand der Anständigen“ teil? Was verschweigt er noch alles? Die Welt

Zeichen von Panik

Fischer war im Hohen Haus vorsichtig, als er dort „klipp und klar“ demen-

tierte, „Herbergsvater für Terroristen“ gewesen zu sein - wer hätte auch damit gerechnet? Doch da war noch seine Aussage vor dem Frankfurter Gericht. Die Fischer eigene Bestimmtheit, mit der er dort bestritt, 1973 in häuslichen Kontakt mit der späteren Terroristin Schiller gekommen zu sein, ist inzwischen einer nachgeschobenen Relativierung gewichen, die Zeichen von Panik trägt. Sollte dem Außenminister eine falsche Aussage vor Gericht nachgewiesen werden können, dann kann er nicht im Amt bleiben. Denn dann ginge es nicht mehr nur darum, ob jemand an höchster Stelle eine Verfassungsordnung repräsentieren kann, die er einmal mit Gewalt bekämpfte; dann wäre belegt, daß der Vizekanzler gegen Recht und Gesetz verstoßen hat.

Frankfurter Allgemeine

Wer noch?

Es ist gerade mal eine Woche her, da mussten die Gesundheitsministerin und der Agrarminister abtreten. Jetzt

sitzen die Vorzeige-Minister auf der Anklagebank. Umfrage-Liebling Fischer muss sich für seine Zeit als Barrikadenkämpfer entschuldigen, Verteidigungsminister Scharping steht wegen der Uranmunition unter Beschuss, und Sparkommissar Eichel gerät in der Flugaffäre in Bedrängnis. Auch mit dem Rest des Kabinetts kann Schröder derzeit nicht punkten. Arbeitsminister Riester kann von Glück sagen, dass er mit seiner Rentenreform im Moment nicht in der Schusslinie steht. Wirtschaftsressortchef Müller ist ein Minister wider Willen. Von dieser Ministerriege sind bis zur nächsten Bundestagswahl keine großen Taten mehr zu erwarten.

Sächsische Zeitung

SCHRÖDER

Hinter Floskeln verschwunden

Der Kanzler ist ein einsamer Gast bei Sabine Christiansen. Er will eine Art Neujahrsansprache halten, ein

NEU NPOST GRÜNDUNGSJAHR 1000 WIRTSCHAFTSKUR

Bühnensolo mit Moderatorin. Wo sich sonst verschiedene Menschen fetzen, musste die Moderatorin ganz allein für Widerworte sorgen. Auf diesen Part war Sabine Christiansen vorbereitet, sie stellte die richtigen Fragen, und sie trat auf die Bremse, wenn Gerhard Schröder so viel Gefallen an einer Formulierung fand, dass er mehrfach auf sie zurückkam. An Frau Christiansen hat es nicht gelegen, wenn das Gespräch wenig Spannung hatte: Das lag an Schröders Tonlage. Der Medienprofi beschwichtigte lächelnd jeden kritischen Ansatz, und wenn er sich etwas vorgenommen hatte, dann könnte vor seinem inneren Auge der Vorsatz „Sei sympathisch!“ gestanden haben. Dass ihm in zwei Jahren sieben Minister verloren gingen, dass seine Regierung in einer Umfrage nur noch von 40 Prozent für führungsstark gehalten wird – Gerhard Schröder verschwand als Person fast hinter den Floskeln, zu denen auch die altväterliche Ansprache der Moderatorin als „Gnädige Frau“ gehörte.

Berliner Zeitung

BSE



Unverkäuflich

Man kann sich in Deutschland derzeit kein schlimmeres Schicksal vorstellen, als Milchbauer oder Viehzüchter in Deutschland zu sein. Wie Ausgestoßene müssen sie erleben, dass ihr ganzes Lebenswerk pauschal unter Seuchenverdacht gestellt wird. Und noch schlimmer als die Zwangstötung ihrer Herden muss ihnen die Aussicht erscheinen, dass sie nicht mehr wissen, wie sie die Tiere unterbringen und ernähren können. Bislang war es die Lobby der Agrarindustrie, die zur Rettung des zusammengebrochenen Marktes und zur Korrektur der abgestürzten Fleischpreise die Massentötung und Entsorgung der europäischen Rinderbestände forderten. Wenn jetzt aber sogar die grüne Landwirtschaftsministerin Renate Künast und ein Agrar- und Umweltpolizist wie Friedrich Wilhelm Graefe zu Ba-

ringdorf für die Vernichtung von zwei Millionen europäischen Rindern plädieren, dann ist die Schockwirkung nicht mehr steigerbar. Immerhin spricht niemand mehr von Seuchenprävention, weil es nicht mehr zu leugnen ist, dass es um die größte Marktberaumung aller Zeiten geht. Nicht Infektionsherde müssen entsorgt werden, sondern zehntausend Tonnen Frischfleisch finden keinen Abnehmer mehr. Die Welt

RENTENREFORM



Zerrupft

Weil sich Riester nicht um Verbündete bemühte, lief er ständig gegen Freund und Feind und musste nachbessern. Das Ergebnis ist eine Rentenreform, die seltsam zerrupft wirkt. Ihre guten Ansätze stehen in scharfem Kontrast zum desaströsen Image ihres Urhebers. Der musste erleben, wie wenig eine gute Idee ohne eine gut überlegte Strategie wert ist.

Süddeutsche Zeitung

NEUJAHRSEMPFANG MIT EBERHARD DIEPGEN

CDU will **stärkste Kraft** in Bremen werden

Wieder fanden sich rund 3000 Gäste am 13. Januar beim traditionellen Neujahrsempfang der CDU Bremen im renommierten Park Hotel ein. Ehrengast auf dem größten Neujahrsempfang eines CDU-Landesverbandes in Deutschland war diesmal der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen.

Einiges haben die beiden Christdemokraten Bernd Neumann und Eberhard Diepgen gemeinsam: Beide sind seit fast 40 Jahren Mitglieder der CDU, beide sind langjährige Vorsitzende ih-



rer Landesverbände, beide leben und gestalten die politische Landschaft in Stadtstaaten.

Der Landeschef der Bremen CDU Bernd Neumann MdB machte in seiner Rede unmissverständlich klar, dass er seine Partei nicht als geborenen Juniorpartner der SPD in Bremen ansehe. Der „erfolgreiche und unübersehbare Aufwärtstrend des Zwei-Städte Staates“ sei primär auf die Mitwirkung der

CDU in der Regierung zurückzuführen. „Es ist eine faszinierende Vorstellung“, so Bernd Neumann „der SPD nach 50 Jahren als Regierungspartei in Bremen, in der Opposition eine Chance auf wirkliche Erneuerung zu geben.“

Rot-grüne Politik: ein ständiges Auf und Ab

Der von Bernd Neumann als Deutschlands „erfolgreichster Landeschef“ gelobte Regierende Bürgermeister von Berlin ging in seiner Gastrede vor allem auf die ungelösten aktuellen



bundespolitischen Themen wie Zuwanderung und die BSE-Krise ein. „Politische Hysterie und tagespolitische Tendenzen“ lenkten Entscheidungen und produzierten ein „ständiges Auf und Ab“, beschrieb Eberhard Diepgen das dilettantische Handeln von „rot-grüner“ Politik im Bund treffsicher. Helmut Kohl habe demgegenüber seine Politik stets an festen Grundsätzen und Überzeugungen orientiert, stellte der Ehrengast klar.

Keine sozialdemokratischen Strukturen, die nicht zu knacken wären

Mit Blick auf das von dem Bremer CDU-Landeschef Bernd Neumann gesteckte Ziel, die Position des „Juniorpartners“ zu verlassen, wies Eberhard Diepgen aus seiner Berliner Erfahrung aufmunternd darauf hin, dass „es keine sozialdemokratischen Strukturen gibt, die nicht zu knacken sind. Die SPD liegt in der Stadt Willy Brands inzwischen bei mageren 22 Prozent.“

Die vielen Gäste dankten den Rednern für die Einschätzung und den Ausblick auf die landes- und bundespolitische Lage mit viel Applaus und Zustimmung.



Die neuesten Broschüren der Reihe „Zukunftsforum Politik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung sind: ■ Duales Rundfunksystem und europäisches Recht (13) ■ Peking plus 5 – Frauen 2000: Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert (14) ■ Junge Kultur in Berlin (15) ■ Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive (16) ■ Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus (17) ■ Die Entwicklungsländer im Globalisierungsprozeß – Opfer oder Nutznießer? (18) ■ Bildung der Persönlichkeit (19)

■ Bitte senden Sie Ihre Bestellung an die: Konrad-Adenauer-Stiftung, Referat für Publikationen, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin ■ oder faxen Sie uns: 02241-246-867. ■ Bis zu drei Exemplare werden kostenlos abgegeben. Ab vier Exemplaren wird eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von 5,- DM je Heft berechnet. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren wird ein Rabatt gewährt, so dass jedes Heft dann 3,- DM kostet. ■ Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS

Zur 38. Bundestagung mit dem Motto „Das C – Anspruch und Herausforderung“ hat der EAK-Bundevorsitzende Jochen Bor-

chert für den 16. und 17. März nach Fulda eingeladen. Das Hauptreferat zum zentralen Thema der Tagung hält Angela Merkel.



**Eine AKTION DER CDU ZUM
„INTERNATIONALEN JAHR DER
FREIWILLIGEN“ 2001**

Aktionsleitfaden

CDU

Leitfaden „Bürger machen Staat“

Eine Aktion der CDU zum
„Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001

Bestell-Nr.: 4711

Preis je 20 Expl. 28,00 DM (14,32 EURO)

Verpackungseinheit: 20 Expl.

Broschüre „Die Wir-Gesellschaft“

Über die Notwendigkeit einer
„Neuen Sozialen Marktwirtschaft“
von Dr. Angela Merkel

Bestell-Nr.: 5701

Preis je 50 Expl. 28,00 DM (14,32 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Dr. Angela Merkel

Die WIR-GESELLSCHAFT

Über die Notwendigkeit einer
Neuen Sozialen Marktwirtschaft

CDU

Broschüre „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“

Beschluss des Bundesausschusses
der CDU Deutschlands
vom 20. November 2000 in Stuttgart

Bestell-Nr.: 5704

Preis je 50 Expl. 47,00 DM (24,03 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

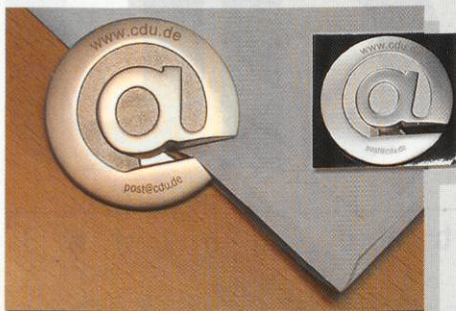


Aufbruch IN DIE LERNENDE GESELLSCHAFT

Bildungspolitische Leitsätze

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 20. November 2000 in Stuttgart

CDU



Brieföffner ARCO ADD-Rund

Bestell-Nr.: 9665

Preis je Expl. 10,00 DM
(5,11 EURO)

Postkarte „Konrad-Adenauer-Haus“

Die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle

Bestell-Nr.: 9693

Preis je 50 Expl. 7,50 DM
(3,83 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.



Untangler mit den CDU-Digits

Bestell-Nr.: 9694

Preis je Expl. 10,00 DM
(5,11 EURO)



UnTangler

Nie wieder verdrehte Schnüre
Paßt auf alle gängigen Telefone
mit Western-Stecker
In Sekundenschnelle installiert



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Bestell-Nr. **2705**
Preis: 28,00 DM (14,32 EURO)
je Verpackungseinheit (50 Expl.)

Leporello Frauen-Union
„Besser leben in einer europaweiten
Informationsgesellschaft

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de